

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 866 im Vereinsregister Zwickau,

Mitglied in der Grünen Liga Sachsen e.V.,



Vorsitzender: Pfarrer H.-W. Baumann, Schulweg 2, 08107 Hartmannsdorf, Tel. 037602/6068

56 9603

3/96

Liebe Freunde und Mitstreiter,

1. gestern bekam ich eine Einladung zur 5. Montags-Demo in Freiberg, bei der die Bürgerinitiativen um Mittweida herum, (Rossau, Weinsdorf, Eichberg, Silbersee, Zschopautal) vorgeschlagen haben, mit unserem Anliegen auch vors Oberbergamt zu ziehen.

In Rossau begannen vor wenigen Tagen die Probebohrungen gegen den Willen der Grundeigentümer.

(Eine spontane (nichtangemeldete) Demonstration dagegen wurde mit Polizeigewalt und Androhung von 5000.- DM Strafe verhindert. Nun will sich die Bürgerinitiative, die auch Mitglied in unserem Netzwerk ist, auch schon am Mittwoch, den 13.3. um 17.00 Uhr in Weinsdorf/Silbersee am 1. Gut Poppitz treffen, um diese Demo nachzuholen. Alle, denen das nicht zu kurzfristig ist, sollten auch dort ihre Solidarität bekunden.)

Ziel der angemeldeten Demonstration am Montag, den 18.3. ist neben des Protestes gegen das Kommunalabgabengesetz, auf die drohenden Grundstücksenteignungen und die fehlenden Einflußmöglichkeiten der Bürger und Kommunen auf Baustoff- und Gesteinsabbau nach DDR-Bergunrecht aufmerksam zu machen.

Die Demonstration beginnt 17.00 Uhr auf dem Obermarkt und endet gegen 19.00 nach einem Marsch zum und Redebeiträgen am Freiburger Oberbergamt. Wir bitten alle, die die Demonstration inhaltlich und zeitlich unterstützen können, diese Information weiterzugeben und ggf. daran teilzunehmen.

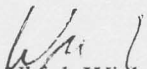
2. Zwischenzeitlich ging mir ein Kommentar der PDS-Bundestagsfraktion zum Entwurf der Einigungsvertragsänderung zu. Ich möchte Ihnen als Ergänzung zu meinem Kommentar im letzten Brief stichpunktweise die Argumente dieses Kommentars wiedergeben, da ich sie für sehr wichtig halte - unabhängig davon, ob sie momentan durchsetzbar scheinen.

- ♦ Die Inhaber der (knapp 2000) Bergbauberechtigungen in Ostdeutschland können durch den verhandelten Bestandsschutz weiter ohne UVP abbauen
- ♦ Da es für niemanden schwer sein dürfte, innerhalb der nächsten 6 bzw. 18 Monate Anträge auf Betriebspläne zu stellen, wird der Großteil der Bergbauberechtigten dies in nächster Zukunft tun, was die Bergämter zunächst völlig überfordern wird. Praktisch bedeutet das aber, daß diese Klausel so gut wie wirkungslos ist: Nahezu alle Bergbauberechtigten werden in den Genuß des vollen Bestandsschutzes kommen.
- ♦ In der Güterabwägung zwischen Bestandsschutz und Umweltschutz muß es im Zweifelsfall wenigstens möglich sein, nachträglich Auflagen zu erteilen, die anerkanntermaßen zur Erhaltung und zum Schutz der Umwelt unabdingbar sind (UVP).

Soweit zunächst die Bedenken. Wie schon in der Anmerkung meines Briefes erwähnt, dürfte es kaum möglich sein, diese Forderungen noch in den Gesetzentwurf einfließen zu lassen. Andererseits ist es sicher problematisch, Möglichkeiten zu einer dahingehenden Änderung ungenutzt zu lassen.

Soweit für heute, Sie erhalten nach unserer Sitzung am 29.3., 19.00 Uhr Nicolaistr. 19 in Zwickau wieder Post mit dem dann aktuellen Stand.

Mit herzlichen Grüßen


Ihr Ulrich Wieland